



Universität für Bodenkultur Wien  
Department für Wirtschafts- und  
Sozialwissenschaften

## Die Interaktion von Wissenschaft und Politik in der österreichischen Klimapolitik

Andrea Tony Hermann, Anja Bauer, Michael Pregernig, Sabine Reinecke,  
Karl Hogl, Till Pistorius

**InFER** | Institute of  
Forest, Environmental, and Natural Resource Policy

Diskussionspapier / Discussion Paper 01-2012

Juli 2012

Diese Reihe ist ein Publikationsorgan von **InFER**, dem Institut für Wald-, Umwelt- und Ressourcenpolitik der Universität für Bodenkultur Wien. Der Inhalt der Diskussionspapiere unterliegt keinem Begutachtungsverfahren, allein die Autorinnen und Autoren zeichnen verantwortlich. Anregungen und Kritik seitens der Leserinnen und Leser sind ausdrücklich erwünscht.

This series is edited by **InFER**, the Institute of Forest, Environmental, and Natural Resource Policy at the University of Natural Resources and Applied Life Sciences, Vienna (BOKU). The discussion papers are not subject to review procedures. Therefore, responsibility for the content lies solely with the author(s). Comments and critiques by readers are highly appreciated.

ISSN 2072-764X

Bestelladresse / orders to:

Institut für Wald-, Umwelt- und Ressourcenpolitik  
Universität für Bodenkultur Wien  
Feistmantelstr. 4  
A – 1180 Wien  
Tel: + 43 – 1 – 47 654 – 4410  
Fax: + 43 – 1 – 47 654 – 4417  
e-mail: [edith.hoermann@boku.ac.at](mailto:edith.hoermann@boku.ac.at)

In dieser Reihe erschienene Diskussionspapiere können von folgender Homepage als PDF-Files geladen werden: <http://www.wiso.boku.ac.at/papers.html>

The papers published in this series can be downloaded in PDF-format from:  
<http://www.wiso.boku.ac.at/papers.html>

Eigenverlag des Instituts für Wald-, Umwelt- und Ressourcenpolitik, Universität für Bodenkultur Wien  
Published by the Institute of Forest, Environmental, and Natural Resource Policy, University of Natural Resources and Applied Life Sciences, Vienna (BOKU)

Das Projekt, aus dem dieses Diskussionspapier hervorgeht, wird durch den Österreichischen Klima- und Energiefonds finanziert und im Rahmen des ACRP durchgeführt.



## Abstract

Das vorliegende Diskussionspapier wurde im Rahmen des Forschungsprojekts „Reshaping Science-Policy Interactions in Climate Policy: International Stock-Taking and Lessons for Austria“ (ReSciPI) erstellt. Auf Basis einer Dokumentenanalyse, einer Interviewreihe und eines Workshops mit Klimafor-scherInnen, EntscheidungsträgerInnen und InteressenvertreterInnen bietet es eine strukturierte Be-standsaufnahme der wissenschaftlichen Klimapolitikberatungslandschaft in Österreich. Zu Beginn wer-den im Papier die wichtigsten Akteure und Akteursgruppen, die an der Interaktion von Wissenschaft und Politik beteiligt sind, sowie ihre Rollen bei der Ko-Produktion von Wissen vorgestellt. Darüber hinaus wird dargelegt, in welchen Formen diese Akteure miteinander interagieren. Um das Bild zu vervollstän-digen, gibt das Diskussionspapier einen Überblick darüber, wie wissenschaftliche Klima-Expertise durch verschiedene Akteursgruppen genutzt wird und welche aktuellen und zukünftigen Herausforderungen die beteiligten Akteure für eine produktive Integration von Wissenschaft und Politik identifizieren. Ab-schließend werden die spezifischen Charakteristika der Interaktion von Wissenschaft und Politik in der österreichischen Klimapolitik zusammengefasst und das weitere Vorgehen des ReSciPI-Projekts skiz-ziert, welches letztendlich darauf abzielt, Erfahrungen aus effektiven Institutionen und Prozessen der Interaktion von Wissenschaft und Politik in ausgewählten Industrieländern für Österreich nutzbar zu ma-chen.

## Keywords

Wissenschaft-Politik-Interaktion; österreichische Klimapolitik; Knowledge Brokerage

---

## Inhaltsverzeichnis

1	Das ReSciPI-Projekt .....	1
2	Fragestellungen und Zielsetzungen des ersten Arbeitspakets .....	2
3	Methodisches Vorgehen .....	3
3.1	Dokumentenanalyse .....	3
3.2	Interviews .....	3
3.3	Workshop .....	4
4	Die Beratungslandschaft der österreichischen Klimapolitik .....	7
4.1	Die Akteure .....	7
4.2	Interaktionsmodi .....	10
5	Nutzen und Nutzbarkeit wissenschaftlicher Expertise .....	16
6	Herausforderungen der Interaktion von Wissenschaft und Politik .....	18
7	Zusammenfassung und Ausblick .....	21
8	Zitierte Literaturquellen .....	22
9	Annex .....	23

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Spektrum wissenschaftlicher Politikberatung in der österreichischen Klimapolitik .....	11
Abbildung 2: Probleme der Interaktion von Wissenschaft und Politik in der österreichischen Klimapolitik .....	20

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Interviews (sortiert nach Akteursgruppen) .....	4
Tabelle 2: TeilnehmerInnen des ersten ReSciPI-Workshops (sortiert nach Akteursgruppen) .....	5

# Die Interaktion von Wissenschaft und Politik in der österreichischen Klimapolitik

## 1 Das ReSciPI-Projekt

Das Forschungsprojekt *Reshaping Science-Policy Interactions in Climate Policy: International Stock-Taking and Lessons for Austria (ReSciPI)*, welches in Kooperation zwischen der *Universität für Bodenkultur Wien* und der *Universität Freiburg* durchgeführt wird, strebt an, politikrelevante Erkenntnisse darüber bereitzustellen, wie Klimawissenschaft und Klimapolitik möglichst produktiv verknüpft werden können. Das Projekt basiert auf einem innovativen theoretischen Ansatz, der klar über die Annahme eines einfachen „Wissenstranfers“ hinausgeht und die Interaktion von Wissenschaft und Politik als vielgestaltigen, iterativ-reflexiven Prozess versteht („knowledge brokerage“, KB). Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf der Frage, wie die Interaktion von Wissenschaft und Politik effektiv institutionalisiert werden kann und wie ‚knowledge brokerage‘-Prozesse zwischen verschiedenen Akteursgruppen gefördert werden können.

Insbesondere setzt sich ReSciPI dabei zum Ziel:

- *Institutionen, Akteure und Prozesse* der Wechselbeziehung zwischen Wissenschaft und Politik in der österreichischen Klimapolitik abzubilden und zu analysieren, um die *Stärken, Schwächen, Potenziale und Hindernisse* für eine effektive KB zu identifizieren;
- einen Überblick über *verschiedene Formen der Institutionalisierung* von Klima-KB in ausgewählten Industrieländern zu geben;
- ein profundes Verständnis darüber zu entwickeln, *wie Klimawissenschaft und Klimapolitik effektiv in innovativen KB-Modellen integriert* werden können;
- *Alternativen aufzuzeigen*, wie KB-Institutionen und KB-Prozesse in Österreich verbessert werden können, indem es die gewonnenen empirischen Ergebnisse synthetisiert und gemeinsam mit relevanten Akteuren kritisch darüber reflektiert, wie eine produktive Interaktion von Wissenschaft und Politik aussehen könnte.

In einem ersten Schritt wurden im Projekt eine Bestandsaufnahme und Analyse der Institutionen, Akteure und Prozesse der Interaktion von Wissenschaft und Politik in der österreichischen Klimapolitik durchgeführt. Ziel war es hierbei, die Spezifika der österreichischen Klimapolitikberatungslandschaft, die Stärken und Schwächen der aktuellen Situation sowie Potenziale und Hindernisse für eine zukünftige Interaktion zu identifizieren. Dieses Diskussionspapier stellt die Ergebnisse des ersten Arbeitspakets dar.

## 2 Fragestellungen und Zielsetzungen des ersten Arbeitspakets

Bisher existierte keine systematische Analyse der KB-Institutionen und KB-Prozesse in der österreichischen Klimapolitik. Daher ist wenig darüber bekannt, wie wissenschaftliches Wissen in österreichische Klimaschutz- und Klimawandelanpassungspolitik übersetzt und implementiert wird, welche Institutionen und Akteure sich systematisch mit *knowledge brokerage* befassen und wie produktiv diese Interaktion von Wissenschaft und Politik ist.

*ReSciPI* schließt diese Wissenslücke durch eine Bestandsaufnahme und Strukturierung der österreichischen *knowledge-brokerage*-Landschaft in der Klimapolitik. Ausgangspunkt der Analyse ist die Beobachtung, dass Österreich sich spezifischen Herausforderungen im Hinblick auf wissenschaftliche Politikberatung gegenüber sieht: Viele Jahrzehnte zeichnete sich österreichische Politikberatung weniger durch wissenschaftliche Beratung als durch ein umfangreiches sozialpartnerschaftliches Beratungssystem aus. Bis heute spielen insbesondere Parteien ('Parteienstaat') und Interessengruppen (Korporatismus) in Beratungsprozessen eine wichtige Rolle. Gleichzeitig eröffnet die graduelle Abnahme der Bedeutung des österreichischen Korporatismus seit den 1990er Jahren und die Herausbildung neuer Politikfelder, wie der Klimapolitik, Möglichkeiten für neue Formen und Akteure der Politikberatung (Lederer and Neugschwandtner 2006, 576-577; Pregernig 2007; Karlhofer and Pelinka 2008, 462). Vor diesem historisch-institutionellen Hintergrund führte *ReSciPI* eine Bestandsaufnahme und Untersuchung der *wichtigsten Institutionen, Akteure und Prozesse* von *knowledge brokerage* in der österreichischen Klimapolitik durch. Auf Basis dieser Analyse wurden die (*nationalen*) *Spezifika der Interaktion* von Wissenschaft und Politik in Österreich bestimmt sowie die damit verbundenen *Hindernisse und Potenziale* für eine Steigerung der Effektivität dieser interaktiven Beziehung identifiziert. Damit diente das erste Arbeitspaket (WP1) dazu, die *anschließenden Analyseschritte des ReSciPI-Projekts konkreter auf die Bedürfnisse und Charakteristika der österreichischen Situation zuzuschneiden*.

### Leitfragen & Zielsetzungen von WP1

- *Welche Rolle spielen verschiedene Akteure und Akteursgruppen?*
- *Wie ist die Interaktion von Wissenschaft und Politik institutionalisiert?*
- *Wie wird die Interaktion in ausgewählten Politikprozessen realisiert?*
- *Wo liegen die (bedeutendsten) Stärken, Schwächen, Herausforderungen und Potenziale aus Sicht der relevanten Akteure?*

### **3 Methodisches Vorgehen**

Da sich die (politik-)wissenschaftliche Literatur zur österreichischen Klimapolitik bisher nicht mit der Beziehung zwischen WissenschaftlerInnen und EntscheidungsträgerInnen beschäftigt, wurde ein explorativer Zugang für die Abbildung und Strukturierung der österreichischen Klimapolitikberatungslandschaft gewählt. Die Untersuchung zielte daher zu Beginn des Projekts darauf ab, einen möglichst breiten Überblick über die Interaktion von Wissenschaft und Politik in diesem Feld zu ermöglichen. Zu diesem Zweck wurden verschiedene Methoden, eine Dokumenten- und Literaturanalyse, teilstrukturierte Experteninterviews sowie ein Workshop mit zentralen Akteuren der österreichischen Klimapolitikberatungslandschaft, trianguliert.

#### **3.1 Dokumentenanalyse**

Als Ausgangsbasis des ersten Arbeitspakets diente bereits im Projekt-Team existierendes fundiertes Vorwissen, welches sich aus vorhergehender Forschung zu wissenschaftlicher Politikberatung in der Umweltpolitik (Pregernig 2005; Pregernig 2007) sowie österreichischer Klimapolitik im Allgemeinen (v.a. im ACRP-Projekt Go-Adapt) speiste. Der erste Schritt der Analyse der österreichischen Interaktion zwischen Wissenschaft und Politik umfasste die Untersuchung und Auswertung von Primärdokumenten, wie Bundesgesetzen (z.B. das Österreichische Klimaschutzgesetz) und politischen Strategiepapieren (z.B. die Nationale Klimastrategie oder die Österreichische Klimawandelanpassungsstrategie). Darüber hinaus wurden die Webseiten verschiedener, an der Interaktion beteiligter Akteure und Organisationen sowie vorhandene wissenschaftliche Literatur einbezogen. Die Dokumenten- und Literaturanalyse hatte zum Ziel, Informationen über die Beziehung von Wissenschaft und Politik in der österreichischen Klimapolitik zu sammeln sowie relevante Akteure für die geplanten Interviews ausfindig zu machen.

#### **3.2 Interviews**

Im Anschluss wurden 23 teil-strukturierte Experteninterviews mit zentralen Akteuren an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik (KlimawissenschaftlerInnen, EntscheidungsträgerInnen in Politik und Verwaltung und gesellschaftlichen Stakeholdern/Interessenverbänden) durchgeführt. Zu diesem Zweck erstellte das Projekt-Team flexible, halb-offene Leitfäden, die ein breites Spektrum an Fragen abdeckten. Die in den Interviews operationalisierten Leitfragen bezogen sich auf die zentrale Akteure, Institutionen und Prozesse an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik in der österreichischen Klimapolitik. Ein weiterer Fokus lag auf den Stärken, Schwächen, Potenzialen und Herausforderungen der gegenwärtigen Situation, um die spezifisch österreichischen Besonderheiten der Beratungslandschaft sowie die Effektivität der Integration wissenschaftlicher Expertise in politische Prozesse aus Sicht der Akteure offenzulegen. Auf diese Weise wurde eine umfassende (Daten-)Basis für die Analyse der Interaktion von Forschung und Politik gelegt. Die Leitfäden wurden stetig an die jeweiligen InterviewpartnerInnen, die durch sie repräsentierten Organisationen bzw. Institutionen sowie an die im Forschungsprozess (noch) bestehenden „Blindstellen“ angepasst.

Um die relevanten InterviewpartnerInnen zu identifizieren, wurde auf schon im Projekt-Team vorhandenes Wissen, die Ergebnisse der Dokumenten- und Literaturanalyse sowie, im Rahmen der Interviews,



auf die Schneeballtechnik zurückgegriffen. Auf dieser Basis wurden die Experteninterviews mit KlimawissenschaftlerInnen, PolitikerInnen, VerwaltungsbeamtlInnen und RepräsentantInnen von Interessenverbänden durchgeführt (siehe *Tabelle 1*, S.4). Eine empirische „Sättigung“ wurde nach 23 (Stakeholder-) Interviews erzielt.

<i>Akteursgruppe</i>		<i>Anzahl der Interviews</i>
<b>Wissenschaft</b>	Universitäre Forschung	4
	Außeruniversitäre Forschung	5
<b>EntscheidungsträgerInnen</b>	Politik	3
	Verwaltung	5
<b>Interessenverbände</b>	Sozialpartner & IV	4
	Umwelt-NGOs	2
<b>Gesamt</b>		<b>23</b>

Tabelle 1: Interviews (sortiert nach Akteursgruppen)  
Quelle: Eigene Darstellung

### 3.3 Workshop

Im Rahmen eines ersten Workshops wurden die vorläufigen Ergebnisse des Projekts diskutiert und validiert. Um die TeilnehmerInnen auf die Diskussionen des Workshops vorzubereiten, erstellte das *ReSciPI*-Team ein Hintergrundpapier, welches die ersten Befunde des WP1 zusammenfasste. Der Workshop brachte 23 TeilnehmerInnen zusammen, um einen interaktiven und reflexiven Diskurs über die Stärken, Schwächen, Potenziale und Hindernisse für eine effektive Wissenschaft-Politik-Interaktion in Österreich zu führen und darüber hinaus Netzwerkprozesse zu initiieren. Die TeilnehmerInnen setzten sich aus KlimaforscherInnen unterschiedlicher disziplinärer Hintergründe, administrativen EntscheidungsträgerInnen, InteressenvertreterInnen und Mitgliedern des *ReSciPI*-Advisory Boards zusammen (siehe *Tabelle 2*, S.5).

<i>Akteursgruppe</i>		<i>Anzahl der TeilnehmerInnen</i>
ReSciPI-Team	BOKU-InFER	3
	FR-EnvGov	3
Advisory Board-Mitglieder		4
Akteure der österreichischen Klimaberatungslandschaft	Universitäre Forschungseinrichtungen	4
	Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen	5
	Verwaltung	4
<i>Gesamt</i>		<i>23</i>

Tabelle 2: TeilnehmerInnen des ersten ReSciPI-Workshops (sortiert nach Akteursgruppen)

Quelle: eigene Darstellung

Der Workshop kombinierte Präsentationen, Plenumsdiskussionen sowie Diskussionen in Kleingruppen (siehe *Agenda* im *Annex*). Zwei Präsentationen der ReSciPI-Team-Mitglieder beschäftigten sich mit den vorläufigen empirischen Befunden der Bestandsaufnahme sowie theoretischen (wissenschaftlichen) Perspektiven auf die Schnittstelle von Wissenschaft und Politik. Eine Diskussionsrunde in Kleingruppen sowie Diskussionen im Rahmen eines World Cafés, boten weitere Einblicke in die Wahrnehmung von Stärken und Schwächen ausgewählter Formen der Politikberatung sowie in Chancen und Herausforderungen für eine zukünftige Gestaltung der österreichischen Klimapolitikberatungslandschaft. Eine abschließende Plenumsdiskussion reflektierte internationale Erfahrungen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik der internationalen Mitglieder des *ReSciPI-Advisory Boards* sowie der TeilnehmerInnen.

*Die Ziele des ersten Workshops bestanden darin,*

- *die Ergebnisse der Analyse der KB-Landschaft zu diskutieren und zu überprüfen,*
- *Hinweise und Orientierung für die Fallauswahl für WP2 bereitzustellen sowie Kriterien für deren Analyse aufzuzeigen,*
- *gemeinsam Handlungsbedarf und potenzielle Verbesserungen österreichischen Klima-KB zu identifizieren und entsprechend zu definieren und*
- *Netzwerkprozesse zu initiieren.*

Neben der Validierung der ersten *ReSciPI*-Ergebnisse erschlossen sich dem Projekt-Team ergänzende, für die folgenden Analyseschritte wichtigen Aspekte und Perspektiven. Des Weiteren bot der Workshop die Möglichkeit, auch Perspektiven wichtiger Akteure in die Untersuchung einzubeziehen, die in der ersten Interviewrunde noch nicht erfasst werden konnten. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Workshop ein vertieftes Verständnis der österreichischen Klimapolitikberatungslandschaft förderte und hilfreiche Orientierung für die folgenden Arbeitspakete bot, um die folgenden Untersuchungsschritte, die internationale Bestandsaufnahme sowie die vertieften Fallstudien, auf die Bedürfnisse und Charakteristika der österreichischen Situation zuzuschneiden.

## 4 Die Beratungslandschaft der österreichischen Klimapolitik

### 4.1 Die Akteure

Die Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen Klimapolitikberatung zeigt, dass sich verschiedene Akteursgruppen an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik in der österreichischen Klimapolitik verorten lassen: Neben ForscherInnen von universitären und außeruniversitären Einrichtungen sind an der Ko-Produktion von Wissen auch EntscheidungsträgerInnen aus Politik und Verwaltung sowie InteressenvertreterInnen der österreichischen Sozialpartner und der Umwelt-NGOs beteiligt (siehe *Abbildung 1*, S.11). Darüber hinaus verdeutlichte der erste ReSciPI-Workshop, dass die österreichischen Medien ebenfalls eine bedeutende Rolle bei der Vermittlung wissenschaftlichen Wissens spielen.

#### Forschungseinrichtungen

Forschungseinrichtungen, universitären sowie außeruniversitären, wird als primären Produzenten wissenschaftlicher Expertise eine zentrale Rolle zugeschrieben. Unter den *universitären Forschungseinrichtungen* finden sich solche, die aktiv beratend in der österreichischen Klimapolitik tätig sind und solche, die bewusst nicht involviert sein möchten und sich auf Grundlagenforschung konzentrieren. Zu letzteren gehören etwa das Department für Meteorologie und Geophysik der Universität Wien, sowie einzelne WissenschaftlerInnen, zu ersteren vor allem das Institut für Meteorologie der Universität für Bodenkultur Wien sowie das Wegener Zentrum für Klima und Globalen Wandel der Universität Graz. Diese Institute werden insbesondere dann konsultiert, wenn Bedarf an Modellen oder Szenarien zum Klimawandel und seinen Auswirkungen besteht. Darüber hinaus werden ExpertInnen technischer Universitäten, wie der TU Wien oder der TU Graz, häufig hinzugezogen, wenn es um die Entwicklung technischer Tools beispielsweise im Bereich der Energiepolitik geht. Oftmals wird die große Relevanz einzelner ProfessorInnen für die Vermittlung wissenschaftlicher Expertise an EntscheidungsträgerInnen hervorgehoben. Diese WissenschaftlerInnen betrachten es als eine wichtige Aufgabe, ihr Wissen in die Klimaschutz(politik) und Klimawandelanpassungs(politik) einzubringen.

Der Bereich der *außeruniversitären Forschungseinrichtungen* umfasst ein breites Spektrum an Organisationen. Neben wissenschaftlichen Forschungsinstituten und akademischen Think Tanks finden sich hier auch (staatliche) meteorologische Dienste und das Umweltbundesamt (UBA). Insbesondere das UBA, das Österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) sowie das Sustainable Europe Research Institute (SERI) werden als zentrale Akteure benannt. Die Bundesforschungsanstalten, wie etwa das Bundesforschungs- und Ausbildungszentrum für Wald, Naturgefahren und Landschaft (BFW), hingegen spielen in der Interaktion von Wissenschaft und Politik in der österreichischen Klimapolitik dann eine Rolle, wenn Klimafolgen oder Maßnahmen in spezifischen Sektoren erforscht werden sollen, beispielsweise an der Schnittstelle von Wald- und Klimafragen. Außerdem stellen sie in diesen Bereichen einen wichtigen Kooperationspartner der universitären Forschung dar.

Neben WissenschaftlerInnen österreichischer Forschungseinrichtungen beziehen sich Politik, Verwaltung und Interessensverbände gelegentlich auch auf die Expertise ausländischer, meist aus dem deutschsprachigen Raum stammender, WissenschaftlerInnen.

Die Interviews legen nahe, dass wissenschaftliche Expertise in der österreichischen Klimapolitik vor allem aus den natur- und wirtschaftswissenschaftlichen Bereichen eingeholt wird, während sozialwissenschaftliche Expertise eine untergeordnete Rolle zu spielen scheint. Von Natur- und Wirtschaftswissenschaften werden vor allem Modelle und/oder Szenarien zu Klimaentwicklungen und -folgen nachgefragt und weitergegeben. Sozialwissenschaftliche Expertise wird vor allem im Rahmen interdisziplinär angelegter Projekte an EntscheidungsträgerInnen vermittelt. Insbesondere im Zusammenhang mit Strategieprozessen gewinnt die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschung für die österreichische Klimapolitik im Vergleich zu naturwissenschaftlichen Erkenntnissen zunehmend an Relevanz.

### **Politik & Verwaltung**

Mit Blick auf EntscheidungsträgerInnen wird insbesondere den *VerwaltungsbeamtInnen* große Bedeutung bei der Aufbereitung und Vermittlung von Klimaexpertise zugeschrieben. Eine besonders zentrale Rolle innerhalb der österreichischen Ministerialverwaltung kommt dem Lebensministerium (bm:lfuw) und insbesondere seiner Sektion V – Allgemeine Umweltpolitik – zu. WissenschaftlerInnen universitärer und außeruniversitärer Forschungsinstitute schätzen die dort arbeitenden MinisterialbeamtInnen als „interessiert“, „gut informiert“ und „sehr engagiert“. Daneben nannten die interviewten Akteure der österreichischen Klimapolitikberatungslandschaft das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (bm:vit) sowie das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (bm:wfj) als wichtige administrative Adressaten. Diese Aussagen verdeutlichen den Querschnittscharakter der Klimapolitik. Im Rahmen des *ReSciPI*-Workshops wurde jedoch mehrfach auf eine starke Fragmentierung der österreichischen Verwaltung im Sinne konträrer Interessen und Positionen zwischen den Ministerien, hingewiesen, die sich auch negativ auf die Integration wissenschaftlicher Expertise auswirken kann.

*PolitikerInnen* im engeren Sinne, d.h. vor allem RepräsentantInnen von Parteien, sind im Vergleich seltener direkt in die Ko-Produktion von Wissen involviert und werden oftmals als „Bremser“ für eine produktive Integration wissenschaftlicher Expertise in die österreichische Klimapolitik betrachtet. WissenschaftlerInnen, VerwaltungsbeamtInnen und RepräsentantInnen der Interessengruppen kritisierten oftmals den fehlenden politischen Willen, Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsmaßnahmen zu implementieren. Weitere Kritikpunkte stellten das wahrgenommene kurzfristige Denken, eine Neigung zu symbolischer Politik sowie die große Beeinflussbarkeit durch ökonomische Interessengruppen dar. PolitikerInnen selbst betrachten wissenschaftliches Wissen zwar als eine wichtige Grundlage für ihre Arbeit, betonen allerdings auch die große Bedeutung der Expertise von InteressenvertreterInnen. Wissenschaftliche Expertise wird häufig gezielt zur Klärung von Detailfragen hinzugezogen, meist durch klimapolitische ReferentInnen der PolitikerInnen. Im Nationalrat und dessen Umweltausschuss spielt wissenschaftliche Expertise eine untergeordnete Rolle. Der Austausch von klimawissenschaftlichem Wissen beschränkt sich auf Berichte des Umweltbundesamts. ExpertInnenanhörungen oder parlamentarische Enquêtes, die sich dezidiert mit Aspekten des Klimaschutzes oder der Klimawandelanpassung auseinandersetzen, bilden die Ausnahme (wie z.B. die parlamentarische Enquete „Klimawandel – Chancen und Herausforderungen für den österreichischen Tourismus“ (2007)).

### **Interessenverbände**

Interessenverbände nehmen eine besondere und zum Teil ambivalente Rolle an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik ein. Zum einen werden die österreichischen *Sozialpartner* als bedeutende Ak-

teure wahrgenommen. Sie bringen, wenn auch selektiv, sowohl wissenschaftliches als auch praktisches Wissen in politische Prozesse ein, sind einerseits institutionell in politischen Entscheidungsprozessen verankert und haben andererseits gut funktionierende Wege des informellen Informationsaustauschs etabliert. Insbesondere die Österreichische Wirtschaftskammer (WKÖ) sowie die Industriellenvereinigung (IV) werden häufig als einflussreich bewertet. Den RepräsentantInnen der Verbände wird von einigen InterviewpartnerInnen profunde, umfassende Expertise attestiert. Entsprechend fungieren sie auch in angewandten Forschungsprojekten oder Studien nicht nur als Stakeholder, sondern auch als Projektpartner. Insbesondere die VertreterInnen der Energiewirtschaft, wie beispielsweise des Energieinstituts der Wirtschaft GmbH, werden als eine wichtige Quelle und Vermittlerin von Expertise betrachtet. Der Umbau des österreichischen Energiesystems wird als essentieller Baustein erfolgreicher Klimapolitik angesehen.

Auch *Umwelt-NGOs* wie GLOBAL 2000 oder Greenpeace Austria spielen eine wichtige Rolle bei der Ko-Produktion von Wissen. Sie nutzen dabei sowohl hausinterne Expertise als auch Expertise universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und bringen diese in gesellschaftliche Debatten und politische Entscheidungsprozesse ein. Unter den Umwelt-NGOs kann man in diesem Zusammenhang zwischen jenen differenzieren, die sich direkt in politischen Prozessen engagieren sowie jenen, die eher indirekte Wege der Wissensvermittlung an und Einflussnahme auf die Politik wählen, indem sie stärker auf Öffentlichkeitsarbeit fokussieren. Obwohl InteressenvertreterInnen für ihre umfassende Expertise geschätzt werden, gelten sowohl Arbeitgeber- als auch ArbeitnehmervertreterInnen häufig auch als Hindernisse für eine effektive Klimapolitik und die Integration wissenschaftlicher Expertise. Ihre meist an ökonomischen Gesichtspunkten orientierten Interessen, werden häufig im Widerspruch zur Implementierung umfassender Klimaschutzmaßnahmen gesehen.

## **Medien**

Die österreichischen *Medien* sind weitere wichtige Intermediäre. Während in den Interviews lediglich vereinzelt auf die Medien als Akteur in der österreichischen Klimapolitik Bezug genommen wurde, unterstrichen die Workshop-TeilnehmerInnen die große Relevanz der Kommunikation wissenschaftlicher Forschungsergebnisse über die Medien. In diesem Kontext betonten die TeilnehmerInnen, dass sie eine gute und erfolgreiche Kommunikation von Expertise für eines der entscheidendsten Erfolgsmerkmale für den Einfluss von Wissenschaft auf nationale Klimapolitik halten. Die TeilnehmerInnen mahnten jedoch eine schwache Ausprägung des Wissenschaftsjournalismus in Österreich sowie die „Klimaskepsis“ einiger Medien an.

## **Zwischenfazit**

Die Untersuchung der wissenschaftlichen Beratungslandschaft in der österreichischen Klimapolitik verdeutlicht, dass nicht von einer einfachen und strikten Trennung zwischen der Wissenschaft als Wissensproduzentin und Politik und Verwaltung als Wissensverwendern ausgegangen werden kann. Auch die Workshop-TeilnehmerInnen betonten wiederholt, dass diese einfache Dichotomisierung eindeutig zu kurz greift. Expertise wird nicht nur bei Forschungseinrichtungen verortet. Insbesondere Interessenverbände und VerwaltungsbeamtenInnen werden von vielen Befragten als wichtige Quellen geschätzt. Hinsichtlich der Vermittlung von wissenschaftlicher Expertise sowie politischen und administrativen Wissensbedürfnissen eröffnet sich eine komplexe Landschaft an Intermediären: Neben ForscherInnen wird

wissenschaftliche Klimaexpertise auch von Interessenverbänden, der Verwaltung sowie den Medien aufbereitet und weitergegeben. Mit Blick auf das Gewinnen und Einbringen von Wissen und Wissensbedarf in politische Prozesse messen die Befragten insbesondere Interessenverbänden und Verwaltung große Bedeutung bei.

Damit ist eine klare Zuordnung spezifischer Rollen zu einzelnen Akteuren nur schwer möglich, verstärkt durch die Tatsache, dass Selbst- und Fremdsicht bisweilen erheblich variieren. Die Zuschreibung von Rollen scheint zumindest teilweise in Zusammenhang mit der jeweiligen Interaktionsform zu stehen, in deren Rahmen WissenschaftlerInnen, EntscheidungsträgerInnen und InteressenvertreterInnen zusammenkommen. Dies zeigt sich am Beispiel des Umweltbundesamts. Während sich das UBA selbst eher als Vermittlerin zwischen Wissenschaft und Politik begreift, variieren die Einschätzungen durch WissenschaftlerInnen und VerwaltungsbeamtInnen zwischen „verlängerter Arm des Lebensministeriums“ und „wissenschaftlicher Expertise“. Insbesondere im Kontext von Auftragsstudien und -projekten sowie Beiräten, also wenn zielgerichtete Informationen bereitgestellt werden, wird das UBA stärker auf der Seite der Verwaltung angesiedelt. Mit Blick auf die Anpassungsstrategie wird ihm jedoch vielmehr die Rolle eines Vermittlers zugeschrieben. Von ProjektpartnerInnen im Rahmen von (Programm-)Forschungsprojekten wird es sowohl als administrative Einheit aber auch als wissenschaftliches Forschungsinstitut wahrgenommen.

## **4.2 Interaktionsmodi**

In welchen Formen interagieren die vorgestellten Wissensproduzenten, -vermittler und -verwender in der österreichischen Klimapolitik miteinander? Wissenschaftliche Expertise wird in der österreichischen Klimapolitik hauptsächlich anlassbezogen und themenspezifisch hinzugezogen. Dies geschieht vor allem durch Auftragsforschung, Programmforschung, in Strategieprozessen sowie über persönliche Kontakte. Stärker formalisierte und dauerhaft eingerichtete Beratungsformen wie Beiräte und Kommissionen sind dagegen von geringerer Bedeutung bzw. befinden sich erst im Aufbau (siehe *Abbildung 1*, S.11).

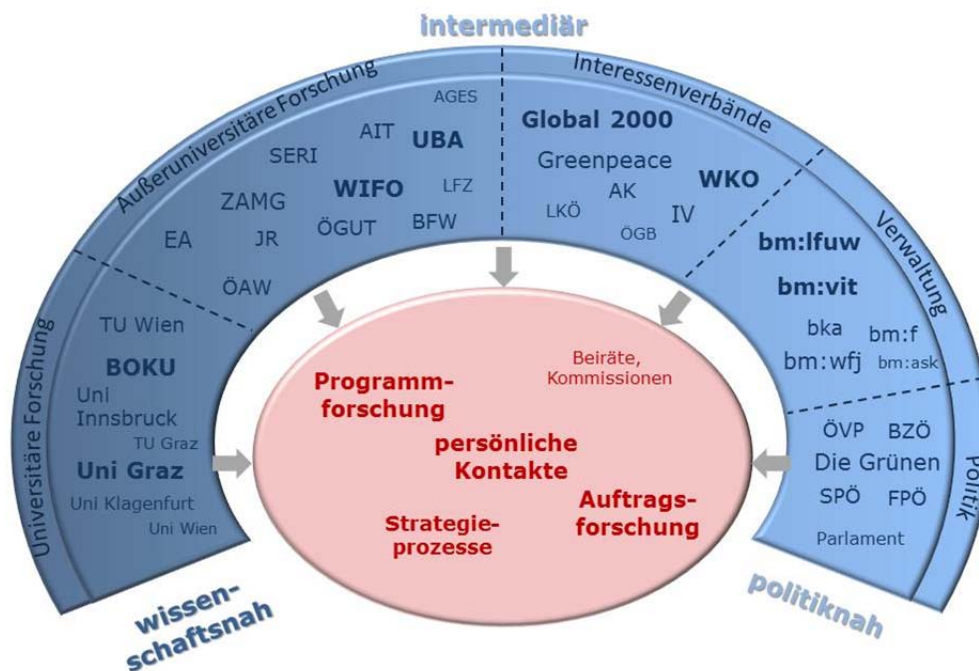


Abbildung 1: Spektrum wissenschaftlicher Politikberatung in der österreichischen Klimapolitik  
Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 1 gibt einen Überblick über Wissensproduzenten, -vermittler und -verwender (äußerer Halbring) sowie über deren typische Interaktionsformen (innere Ellipse) auf Basis der Einschätzungen befragter Akteure. Schriftgröße und Fettdruck bilden die wahrgenommene Bedeutung der Akteure und Interaktionsformen ab. Die Anordnung der Sektoren im Halbring spiegelt grob die Wissenschafts- bzw. Politiknähe der jeweiligen Akteursgruppe wider; die Anordnung der Akteure innerhalb der Kreissektoren (z.B. „Politik“) ist beliebig.

## Auftragsforschung

Vor allem von Seiten der Verwaltung, aber auch durch Interessenvertretungen, werden universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen mit *Gutachten, Studien oder Projekten* beauftragt. Damit können auf die Bedürfnisse der Auftraggeber zugeschnittene Fragestellungen gezielt behandelt werden. In regelmäßigen Projekttreffen werden Interessen der Auftraggeber und der Forschung aufeinander abgestimmt. Die Zielvorgaben der EntscheidungsträgerInnen oder Interessenverbände können dabei sehr konkret werden. Die TeilnehmerInnen des Workshops merkten an, dass sich die Auftragsforschung heute wesentlich interaktiver gestaltet als in der Vergangenheit. Der Austausch zwischen WissenschaftlerInnen und EntscheidungsträgerInnen oder Interessenverbänden findet mittlerweile in allen Phasen des Forschungsprozesses statt, von der Festlegung der Forschungsfrage bis zur Interpretation der Ergebnisse. Die Workshop-TeilnehmerInnen betonten die Diversität der Formen der Auftragsforschung und unterschieden, entsprechend der variierenden Aufgabenverteilung, des unterschiedlich stark ausgeprägten Interaktionsgrades sowie der verschiedenen Möglichkeiten des Wissenstransfers, insbesondere zwischen langfristiger und *ad hoc*-Auftragsforschung.



Beklagt wurde von Workshop-TeilnehmerInnen sowie InterviewpartnerInnen die oftmals sehr kurzfristige Ausrichtung vieler Aufträge. Darüber hinaus wiesen die Workshop-TeilnehmerInnen darauf hin, dass sich viele „Forschungslücken“ insbesondere in jenen Bereichen finden, in denen keine unmittelbaren politischen und/oder ökonomischen Interessen bestehen. Die Aussagen der InterviewpartnerInnen deuteten darüber hinaus an, dass Studien oder Projekte mitunter auch an Forschungskonglomerate vergeben werden, die sich aus universitären und außeruniversitären Forschungsinstituten sowie Interessenverbänden zusammensetzen. In diesem Zusammenhang erwähnte ein NGO-Vertreter, dass es auf der Hand liegt gemeinsame Projekte oder Studien mit anderen Interessenverbänden durchzuführen, sofern man damit gemeinsame Ziele verfolgen und erreichen kann. Insgesamt ist das Volumen der Auftragsforschung in der Klimapolitik in den vergangenen zehn Jahren und somit seine Bedeutung als Quelle wissenschaftlicher Expertise, aufgrund von Budgetkürzungen, der Veränderung von ministeriellen Vergabevorschriften sowie der Einrichtung des Klima- und Energiefonds (KLIEN), im Vergleich zu jenem der Programmforschung deutlich zurückgegangen.

### Programmforschung

*Anwendungsorientierte Forschungsprogramme*, wie das Austrian Climate Research Programme (ACRP) und StartClim haben in den letzten Jahren einen Bedeutungszuwachs für die Ko-Produktion von Klimawissen erfahren. Insbesondere durch die Einrichtung des KLIEN und des hier angesiedelten ACRP, welches mit circa 4 Millionen € jährlich dotiert ist, hat die Programmforschung, zumindest partiell, Aufgaben der Auftragsforschung übernommen. Durch den Austausch von Wissenschaft und Verwaltung über Programmbeiräte ist es nach Ansicht der Befragten gut möglich, wissenschaftliche Forschungsinteressen und -aktivitäten sowie Wissensbedürfnisse und praktisches Wissen von Politik und Verwaltung zu koordinieren. So erfolgt die Themensetzung im Forschungsprogramm StartClim in Kooperation von wissenschaftlichem Beirat und offenem Geldgeberkonsortium, welches in der Regel mehrere Bundesministerien umfasst. Mehrere WissenschaftlerInnen räumten in diesem Zusammenhang ein, dass die Geldgeber ein starkes Mitspracherecht bei der Themensetzung und zum Teil auch bei der Projektvergabe hatten bzw. haben. Auch im Rahmen des KLIEN gibt es hinsichtlich des Jahresprogramms sowie der jährlichen Festlegung der ACRP-Themenschwerpunkte für die Projektvergabe eine enge Abstimmung des wissenschaftlich besetzten ExpertInnenbeirats mit dem aus VerwaltungsbeamtInnen des bm:lfuw und des bm:vit bestehenden Präsidium. Die Letztentscheidung hat das Präsidium inne. Zur Beurteilung eingereicherter ACRP-Projektanträge für werden sowohl die Mitglieder des ExpertInnenbeirats als auch internationale ForscherInnen hinzugezogen. Darüber hinaus wird das Praxiswissen von EntscheidungsträgerInnen und InteressenvertreterInnen auch in Einzelprojekte einbezogen, beispielsweise in Projektbeiräten und im Rahmen von Workshops.

### Strategieprozesse

Eine weitere Form der Zusammenarbeit von ForscherInnen und EntscheidungsträgerInnen ist die partizipative Ausarbeitung von klima- und energiepolitischen *Strategien*. Trotz der kritisierten politischen Verbindlichkeit von Strategieprozessen wurde von den befragten Akteuren vor allem der Beteiligungsprozess zur Österreichischen Anpassungsstrategie als positives Beispiel der Interaktion angeführt. Dieser ermöglichte es den WissenschaftlerInnen und vielen anderen Akteursgruppen, ihre Expertise einzubringen und Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung zu entwickeln. Eine Reihe von ACRP- und StartClim-Studien boten Diskussionsgrundlagen für den anschließenden Beteiligungsprozess. Darüber hinaus wurden die österreichischen KlimawissenschaftlerInnen zur Teilnahme an den (informellen)

Workshops eingeladen. Die Entwicklung der österreichischen Anpassungsstrategie wird von vielen Akteuren als ein positives Beispiel für die Integration wissenschaftlicher Expertise hervorgehoben, was insbesondere die WorkshopteilnehmerInnen auf den eher „unpolitischen“ Charakter des Prozesses zurückführten. Bei stärker politisierten Prozessen, wie der Österreichischen Energiestrategie, stehen politische und ökonomische Interessen wesentlich stärker im Vordergrund, weshalb eine geringere Einbindung wissenschaftlichen Wissens erfolgt.

### **Persönliche Kontakte**

*Persönlichen Kontakten* zwischen den verschiedenen Akteuren an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik kommt ebenfalls eine bedeutende Rolle für die Wissensvermittlung zu. Der informelle Austausch wird von den InterviewpartnerInnen als „unkomplizierter“, „flexibler“ und „gut funktionierender“ Weg des Wissenstransfers geschätzt. EntscheidungsträgerInnen und InteressenvertreterInnen holen in persönlichen Gesprächen mit WissenschaftlerInnen oftmals kurzfristig Informationen zu aktuellen Fragen ein. Ebenso tragen WissenschaftlerInnen ihnen besonders wichtig erscheinende Themen und Informationen in informellen Gesprächen an Politik und Verwaltung heran. Der informelle Austausch dient, darüber hinaus, auch dem Austausch von wissenschaftlicher Expertise, Forschungsinteressen und Forschungsaktivitäten sowie Wissensbedürfnissen und praktischem Handlungswissen. In diesem Zusammenhang wiesen die InterviewpartnerInnen darauf hin, dass dieser Interaktionsmodus ebenso als Basis für stärker formalisierte Austauschformen dienen kann, wenn zum Beispiel gemeinsame Projektideen entwickelt werden.

### **Gremien**

Die Interaktion von Wissenschaft und Politik findet eher selten im Rahmen von Gremien statt. ‚Gemischte Beiräte‘ und ‚politische Beiräte‘ spielen im Vergleich zu anderen Interaktionsformen eine eher untergeordnete Rolle. In gemischten Beiräten sind WissenschaftlerInnen neben PolitikerInnen, VerwaltungsbeamtInnen, und VertreterInnen von Interessenverbänden permanent vertreten. So finden sich im kürzlich eingerichteten Nationalen Klimaschutzbeirat jeweils eine RepräsentantIn sowohl der Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) als auch des Umweltbundesamtes. Die Aufgabe des Gremiums besteht in der Beratung des Nationalen Klimaschutzkomitees, welches sich unter dem Vorsitz des Lebensministeriums aus VertreterInnen verschiedener Bundesministerien zusammensetzt und sich mit Grundsatzfragen und Planungsgrundlagen der österreichischen Klimapolitik beschäftigt. Zu diesem Zweck erarbeiten die Mitglieder des Nationalen Klimaschutzbeirats in sektorspezifischen Arbeitsgruppen Maßnahmen zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen. Darüber hinaus werden WissenschaftlerInnen im Rahmen ‚politischer Beiräte‘ wie dem Interministeriellen Komitee zur Koordinierung von Maßnahmen zum Schutz des Klimas (IMK-Klima) oder dem Kyoto-Forum themenspezifisch und *ad hoc*, meist zu konkreten Sachfragen, hinzugezogen. In diesem Kontext greifen solche Gremien häufig auf die wissenschaftliche Expertise außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, hierunter insbesondere des UBA, zurück. Allerdings erfolgt die Konsultation wissenschaftlicher Expertise in den ‚politischen Gremien‘ nach Aussagen der Befragten eher selten.

Ein rein wissenschaftlich besetztes, politikberatendes *Gremium* findet sich derzeit in der österreichischen Klimapolitik nicht, was einige Befragte als Schwäche identifizierten. Der 1996 im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie gegründete Österreichische Klimabeirat (ACCC),

dessen Aufgabe in der Beratung und Unterstützung der österreichischen Klimapolitik bestand, hat seine Tätigkeit mittlerweile eingestellt. Der ACCC, bestehend aus elf WissenschaftlerInnen verschiedener Disziplinen, informierte durch Studien sowie im Rahmen von Veranstaltungen und Workshops über klimawissenschaftliche Sachverhalte und widmete sich insbesondere der Identifikation von CO<sub>2</sub>-Reduktionsmaßnahmen.

## Netzwerke

Zwei *Klimaforschungsnetzwerke* setzen sich seit neuestem zum Ziel, einen aktiven und gebündelten wissenschaftlichen Beitrag in der österreichischen Klimapolitikberatungslandschaft zu leisten. Auf Initiative österreichischer KlimaforscherInnen wird derzeit das Climate Change Center Austria (CCCA) aufgebaut. Dieses interdisziplinär aufgestellte Netzwerk aus 20 universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen<sup>1</sup> beschäftigt sich sowohl mit Themen des Klimaschutzes als auch mit Klimawandelanpassung. Neben der Stärkung der österreichischen Klimaforschungslandschaft, der Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses und der Unterstützung des Wissenstransfers, zielt es darauf ab, die wissenschaftliche Beratung von Politik und Gesellschaft zu stärken. Das CCCA betrachtet sich als Anlaufstelle für ein breites Spektrum an Akteuren, welches ForscherInnen, PolitikerInnen, Medien sowie die breite Öffentlichkeit umfasst. Um diese Ziele zu erfüllen, betreibt das CCCA drei Einrichtungen, die jeweils in Trägerinstitutionen ausgelagert sind. Hierzu zählen das CCCA Servicezentrum (an der Karl-Franzens-Universität Graz), das CCCA Datenzentrum (Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik) sowie die CCCA Geschäftsstelle (Universität für Bodenkultur). Ein wichtiges Instrument mit Blick auf dieses neue ForscherInnen-Netzwerk stellt das geplante Austrian Panel on Climate Change (APCC) dar. Hierbei handelt es sich um einen für die österreichische Ebene, in Anlehnung an den IPCC-Bericht, geplanten Assessment Report über den Forschungsstand zum Klimawandel in, sowie seinen Auswirkungen auf, Österreich und dessen Vermeidung. Der APCC soll Handlungsempfehlungen geben. Sowohl WissenschaftlerInnen als auch VerwaltungsbeamtlInnen setzten in den Interviews große Hoffnungen in das CCCA sowie den APCC hinsichtlich einer Verbesserung der Integration wissenschaftlicher Expertise in politische Entscheidungsprozesse. AustroClim, ebenfalls ein interdisziplinäres Klimaforschungsnetzwerk<sup>2</sup>, welches 2002 ins Leben gerufen wurde, soll in Zukunft in das CCCA integriert werden. Auch AustroClim macht es sich, unter anderem, zur Aufgabe, EntscheidungsträgerInnen durch wissenschaftliche Expertise zu unterstützen. Durch aktives Lobbying gelang der Forschungsinitiative, nach Angaben eines Vertreters, die Verankerung der Österreichischen Anpassungsstrategie im Regie-

---

<sup>1</sup> Alpen-Adria Universität Klagenfurt (AAU), Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES), alpS-Centre for Climate change Adaptation Technologies (alpS), Austrian Institute for Technology (AIT), Bundesamt für Wald (BFW), International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA), Joanneum Research (JR), Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW), Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Technische Universität Graz (TU Graz), Technische Universität Wien (TU Wien), Umweltbundesamt (UBA), Universität für Bodenkultur Wien (BOKU), Universität Graz (Uni Graz), Universität Innsbruck (Uni Innsbruck), Universität Salzburg (Uni Salzburg), Universität Wien (Uni Wien), Wirtschaftsuniversität Wien (WU), Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG), Zentrum für Soziale Innovation (ZSI)

<sup>2</sup> An der Klimaforschungsinitiative AustroClim beteiligen sich im Moment das Institut für Meteorologie der Universität für Bodenkultur Wien, die Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung der Universität Klagenfurt (Abteilung Soziale Ökologie), ARC Seibersdorf Research (Abteilung Umweltforschung), DENKSTATT Umweltberatung, die Zentralanstalt für Meteorologie (ZAMG), das Institut für Limnologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, das Institut für Statistik der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, die Weatherpark GmbH Meteorologische Forschung und Dienstleistungen, das Projektteam Hydrobotanik des Departments for Limnologie und Hydrobotanik der Universität Wien.

rungsprogramm für die Jahre 2008 bis 2013. Durch das Angebot von wissenschaftlichen Informationen sowie die Bereitstellung von Möglichkeiten zu Kommunikation und Kooperation von Institutionen und InteressenvertreterInnen möchte AustroClim einen Beitrag zur Bewältigung des Klimawandels leisten. Darüber hinaus ist die Initiative maßgeblich für die Einrichtung des Forschungsprogramms StartClim verantwortlich und setzt es sich zum Ziel, den disziplinübergreifenden Austausch zu forcieren, beispielsweise durch den jährlich stattfindenden Österreichischen Klimatag. Im Rahmen verschiedener, teilweise gemeinsam organisierter, Veranstaltungen bieten beide Netzwerke, das CCCA und AustroClim, Plattformen für den Austausch von Wissen zwischen ForscherInnen, EntscheidungsträgerInnen sowie InteressenvertreterInnen.

## 5 Nutzen und Nutzbarkeit wissenschaftlicher Expertise

Die Einschätzungen dazu, welche Bedeutung und welchen Nutzen wissenschaftliche Expertise für Politik, Verwaltung und Interessenverbände hat, sind ambivalent: So wird wissenschaftlichem Wissen für die eigene Tätigkeit in Politik, Verwaltung und Interessenvertretung meist großes Gewicht beigemessen, wohingegen ihre Bedeutung für die österreichische Klimapolitik insgesamt durchwegs als zu gering bewertet wird. ForscherInnen selbst schätzen ihre Expertise im Vergleich zur Expertise von Interessenverbänden als weniger bedeutsam für politische Entscheidungsprozesse ein. Inwiefern die bereitgestellte Expertise tatsächlich verwendet wird, lässt sich durch die WissenschaftlerInnen nicht immer (einfach) nachvollziehen.

*Wissenschaftliche Expertise wird durch EntscheidungsträgerInnen sowie InteressenvertreterInnen in unterschiedlichster Weise genutzt. In der österreichischen Klimapolitik hat das Wissen von ForscherInnen:*

- *Problemerkennungs- und Frühwarnfunktion;*
- *Entscheidungsunterstützungsfunktion;*
- *Argumentationsfunktion;*
- *Rechtfertigungs- und Legitimationsfunktion;*
- *Prestige- und Dekorfunktion;*
- *Neutralisierungs- und Interessenausgleichsfunktion.*

Die an politischen Prozessen beteiligten Akteure benennen eine Vielzahl von Funktionen, welche wissenschaftliche Expertise für ihre klimapolitische Arbeit erfüllt: So wird wissenschaftlicher Klimaexpertise in der österreichischen Klimapolitik eine *Problemerkennungs- und Frühwarnfunktion* sowie eine *Entscheidungsunterstützungsfunktion* zugeschrieben. Dies gilt besonders hinsichtlich technischer Fragestellungen oder in Bezug auf neu auftretende politische Herausforderungen. Die InterviewpartnerInnen konstatierten, dass der Kontakt zu KlimawissenschaftlerInnen häufig gesucht wird, wenn sich neue klimapolitische Themen- und Aufgabenfelder eröffnen und/oder verstärkt thematisiert werden. Im Rahmen verschiedener Interaktionsmodi stehen für EntscheidungsträgerInnen sowie Interessenverbände meist Hintergrundinformationen, Detailinformationen oder die Bewertung bestimmter Aspekte aus dem Themenkomplex Klimawandel für Österreich im Vordergrund. Außerdem dienen wissenschaftliche Forschungsergebnisse insbesondere EntscheidungsträgerInnen in Politik und Verwaltung als Entscheidungsgrundlage bei konkreten Sachverhalten. Zu diesem Zweck werden häufig zielgerichtet Studien oder Forschungsprojekte in Auftrag gegeben, welche, nach Aussage der InterviewpartnerInnen, relativ unmittelbar in die Ausarbeitung von Gesetzen oder Strategien einfließen.

Darüber hinaus dient wissenschaftliches Wissen – insbesondere in Form von Auftragsstudien und Gutachten – den Akteuren, nach eigenen Angaben, häufig als strategisches Instrument. EntscheidungsträgerInnen und InteressenvertreterInnen verwenden Expertise als Quelle *strategischer Argumentation* in

politischen Verhandlungen und öffentlichen Debatten. Zu diesem Zweck wählen sie Argumente, die die größtmögliche Anschlussfähigkeit an ihre Position bzw. die Position ihrer Organisation besitzen. Ihr Ziel ist es hierbei, anderen Akteuren Alternativen aufzuzeigen oder die eigene Position zu untermauern, um sich auf diese Weise Handlungsspielraum zu verschaffen.

Außerdem wird wissenschaftliches Wissen von KlimaforscherInnen durch Politik und Verwaltung herangezogen, um Entscheidungen *zu legitimieren*, die aufgrund anderer, nicht-wissenschaftlicher Erwägungen getroffen wurden. Dies geschieht, laut InterviewpartnerInnen, häufig in Form von Auftragsstudien, bei denen die entsprechenden Ziele und Ergebnisse häufig schon von vornherein feststehen.

Darüber hinaus zeigten die Interviews, dass der Einbezug klimawissenschaftlichen Wissens EntscheidungsträgerInnen als Mittel zur Verbesserung der Wahrnehmung ihrer Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit in der Öffentlichkeit dient. Somit hat der Rückgriff auf wissenschaftliches Wissen auch eine gewisse *Prestige- und Dekorfunktion*. Insbesondere jene WissenschaftlerInnen, die im Rahmen von Beiräten und an informellen Veranstaltungen ihre Expertise weitergeben, werden häufig entsprechend ihrer Reputation ausgewählt, wodurch der Veranstaltung sowie deren Organisatoren gesteigerte Glaubwürdigkeit und Prestige zukommen soll.

Wissenschaftliche Expertise wird von Politik und Verwaltung außerdem häufig zur *Lösung politischer Konflikte* herangezogen. Sie setzen das Wissen der ForscherInnen ein, um Interessen(konflikte) zu neutralisieren, zu wiederstrebende Positionen zu koordinieren und auszubalancieren. So führten InterviewpartnerInnen an, dass Studien bevorzugt in Auftrag gegeben werden, wenn politische Verhandlungsprozesse zwischen den Bundesministerien, aber auch darüber hinaus, blockiert sind. Auf diese Weise können EntscheidungsträgerInnen die Verantwortlichkeit zur Beurteilung divergierender Positionen an WissenschaftlerInnen weitergeben.

Die Aussagen der InterviewpartnerInnen über die Nutzung wissenschaftlicher Expertise durch EntscheidungsträgerInnen und Interessenverbände deuten darauf hin, dass im Politikfeld Klimapolitik wissenschaftliche Expertise sowohl direkt, etwa als Entscheidungsgrundlage, als auch indirekt, beispielsweise als Hintergrundwissen, genutzt wird. Insbesondere Wissen, welches im Rahmen von Beiräten und Studien generiert wird, scheint häufiger in direkter Weise genutzt zu werden. Das im Rahmen von informellen Kontakten ausgetauschte Wissen wird hingegen oftmals „konzeptionell“ und indirekt genutzt. Bezüglich der Verwendung der Ergebnisse der Programmforschung berichten die Befragten gar von unterschiedlichen Erfahrungen. Während beispielsweise im Zuge der Erarbeitung der Österreichischen Anpassungsstrategie die Ergebnisse einiger StartClim- und ACRP-Projekte direkt in die Ausarbeitung der Handlungsempfehlungen einfließen, ist bei anderen Projekten die Verwendung der Ergebnisse durch Politik, Verwaltung und Gesellschaft oft unklar.

## 6 Herausforderungen der Interaktion von Wissenschaft und Politik

Nahezu alle befragten Akteure halten eine stärkere und bessere Integration wissenschaftlicher Expertise in politische Prozesse der österreichischen Klimapolitik für nötig. Die bisher schwerpunktmäßig über Programmforschung, Studien und informellen Austausch ablaufende Interaktion wird zwar als grundsätzlich positiv, aber dennoch als verbesserungsbedürftig und ausbaufähig betrachtet. Die „gute Zusammenarbeit“ von Wissenschaft und Politik bzw. Verwaltung wird zum Teil der „Kleinheit“ der österreichischen Klimaforschungs- und Klimapolitiklandschaft zugeschrieben. Dadurch ergeben sich Möglichkeiten des unkomplizierten, flexiblen und vertrauensbasierten Austauschs aller Akteure. Ein fundierterer Dialog wird als im Entstehen begriffen angesehen.

Demgegenüber identifizieren die Befragten vielfältige Hindernisse für einen guten Austausch von Wissen und Wissensbedarf, Hindernisse die, je nach Interessenshintergrund, auf unterschiedliche Ursachen zurückgeführt werden (siehe *Abbildung 2*, S.20). Die Herausforderungen für eine effektive Interaktion von Wissenschaft und Politik werden in der Literatur analytisch unterschieden in auf Seiten der Wissensproduzenten zu verortende, auf Seiten der Wissensverwender zu findende, sowie durch beide Seiten hervorgerufene, Ursachen (Stone, Maxwell et al. 2001; Stone 2002).

Hinsichtlich der Seite der *WissensproduzentInnen* beklagten die Befragten, dass die österreichische Klimawissenschaftslandschaft vergleichsweise klein ist, was wenige neue Erkenntnisse und teilweise Neid in der Klimaforschungscommunity sowie vergleichsweise wenig Konkurrenz um die Vergabe von Forschungsaufträgen zur Folge hätte. Außerdem werden von allen Akteursgruppen die unzureichende Zugänglichkeit zu und Kommunikation von Forschungsergebnissen, thematisiert, häufig in Bezug auf die Programmforschung. Oftmals stellen weder WissenschaftlerInnen noch der Klima- und Energiefonds die Ergebnisse der ACRP-Projekte in „angemessen“ aufbereiteter Form für EntscheidungsträgerInnen, InteressenvertreterInnen und Gesellschaft bereit. Darüber hinaus kritisierten einzelne ForscherInnen, dass Unsicherheiten wissenschaftlicher Erkenntnisse durch WissenschaftlerInnen gegenüber Politik und Verwaltung nicht angemessen reflektiert werden. Außerdem wurde beklagt, dass es innerhalb der österreichischen Klimawissenschaft eine nicht unerhebliche Anzahl an WissenschaftlerInnen gebe, die nur eine geringe Bereitschaft und Fähigkeiten zu Politikberatung mitbrächten.

Auch auf Seiten der *WissensverwenderInnen* wurden Herausforderungen für eine effektive Integration wissenschaftlichen Wissens identifiziert: InterviewpartnerInnen kritisierten, dass von Seiten der Politik und Verwaltung nur eine geringe Nachfrage nach wissenschaftlicher Expertise bestehe und es generell eine wenig ausgeprägte Praxis gebe, Wissenschaft früh- und damit rechtzeitig in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Insbesondere im Vergleich zu Deutschland, existiere in Österreich keine Kultur bzw. kein Klima für wissenschaftliche Beiräte. Häufig wird außerdem eine gewisse Beratungsresistenz österreichischer PolitikerInnen beklagt. Vor allem im Zusammenhang mit dem Misserfolg des Österreichischen Klimabeirats (ACCC) wird dieser Aspekt oftmals als Begründung angeführt. Darüber hinaus beurteilten sowohl WissenschaftlerInnen als auch EntscheidungsträgerInnen und InteressenvertreterInnen den Einfluss von Einzelinteressen sowie die Abhängigkeit der österreichischen Klimapolitik von einzelnen PolitikerInnen als äußerst problematisch. So wurde mehrfach exemplarisch darauf verwiesen, dass nach einem Ministerwechsel bisherige Resultate der Wissenschaft-Politik-Interaktion, beispielsweise

Ergebnisse von Strategieprozessen, wieder in Frage gestellt wurden. Außerdem unterstrichen die Befragten, dass erhebliche Forschungs- und Finanzierungslücken in Bereichen bestehen, in denen keine unmittelbaren politischen und/oder ökonomischen Interessen bestehen. WissenschaftlerInnen und EntscheidungsträgerInnen sind außerdem der Ansicht, dass die sozialwissenschaftliche Dimension der Klimaforschung derzeit in der österreichischen Klimapolitik noch unzureichend berücksichtigt werde. Des Weiteren wurde festgestellt, dass die Interaktion zwischen Wissenschaft und EntscheidungsträgerInnen derzeit schwerpunktmäßig über Forschungsprogramme ablaufe, was ihnen jedoch zu wenig erscheint. Sowohl von WissenschaftlerInnen als auch EntscheidungsträgerInnen wurde darüber hinaus mehrfach der Wunsch nach einer stärkeren Institutionalisierung der Interaktion geäußert, insbesondere in Form eines dauerhaft eingerichteten, wissenschaftlichen Beirats.

Den *wechselseitigen Problematiken* der Interaktion von Wissenschaft und Politik lassen sich vor allem die häufig hervorgehobenen unterschiedlichen Denkmuster, wie unterschiedliche Konzeptionen von Zeit oder differierende Wertvorstellungen, unterschiedliche ‚Sprachen‘ sowie darauf basierende verschiedene (Handlungs-)Logiken und Kommunikationsprobleme zuordnen. In diesem Zusammenhang thematisierten EntscheidungsträgerInnen und InteressenvertreterInnen beispielsweise als Herausforderung für eine erfolgreiche und effektive Integration wissenschaftlicher Expertise in politische Entscheidungsprozesse die mangelhafte zeitgerechte Bereitstellung handlungsrelevanten Wissens. Darüber hinaus konstatierten EntscheidungsträgerInnen aus Politik und Verwaltung, dass der „Dialog“ mit verschiedenen WissenschaftlerInnen unterschiedlich gut funktioniert. Sie nahmen damit sowohl auf die Kommunikation wissenschaftlicher Ergebnisse durch die ForscherInnen als auch auf die Anschlussfähigkeit der Forschungsergebnisse an die eigene Position bzw. eigene Interessen Bezug. Demgegenüber kritisierten WissenschaftlerInnen, dass insbesondere die Auftragsforschung häufig sehr kurzfristig ausgerichtet ist. Auch im Verlauf des Workshops wurde von den TeilnehmerInnen immer wieder betont, dass es vor allem Politik und Interessenverbänden an Langfristorientierung mangelt. Von Seiten der Interessenverbände wurde hingegen kritisiert, dass WissenschaftlerInnen häufig keine Problemlösungsvorschläge oder Zukunftsdimensionen anbieten können, die für ihre Arbeit von Bedeutung seien. Insbesondere die benannten Kommunikationsprobleme resultieren für die Interviewten und die Workshop-TeilnehmerInnen aus einem mangelnden gegenseitigen Verständnis. Eine gemeinsame Verständnisgrundlage, so die Forderung der Workshop-TeilnehmerInnen, ist jedoch zwingend notwendig. In diesem Zusammenhang tauchte in den Interviews häufiger die Forderung nach „Übersetzern“ auf.



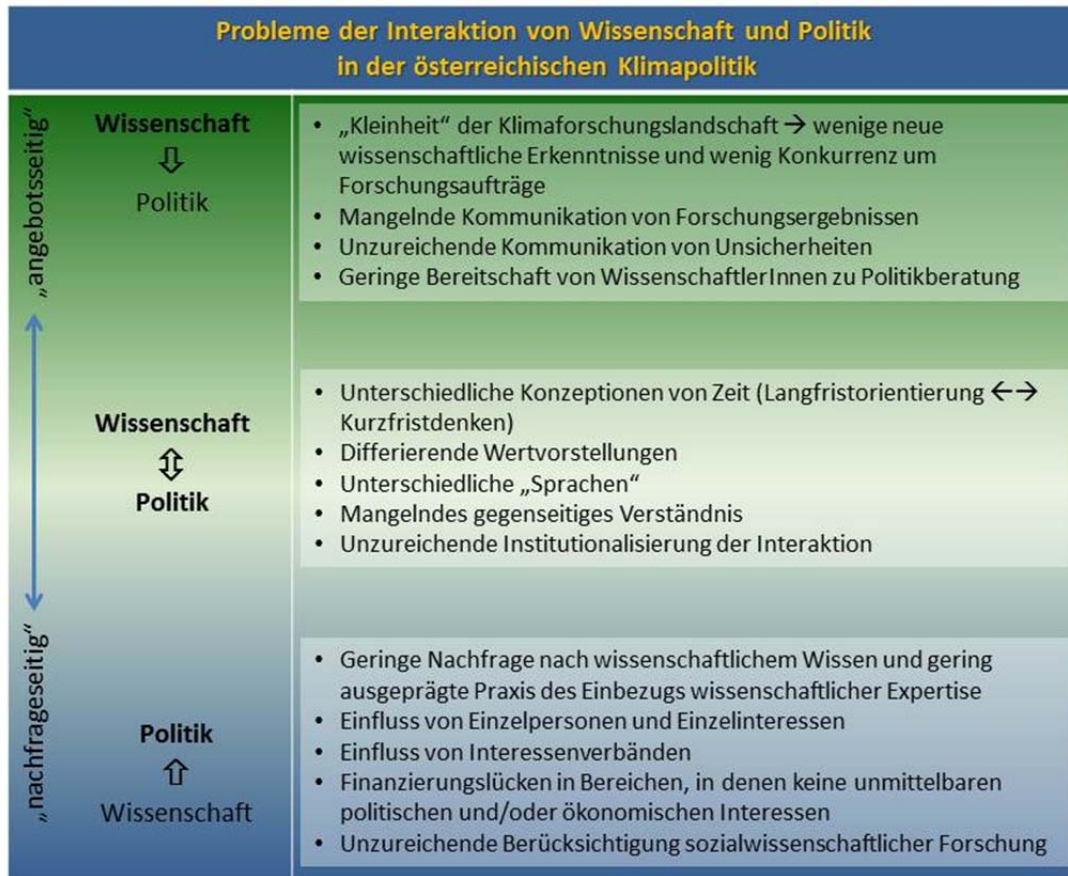


Abbildung 2: Probleme der Interaktion von Wissenschaft und Politik in der österreichischen Klimapolitik  
Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 2 ordnet die von den Befragten wahrgenommenen Probleme der Interaktion von Wissenschaft und Politik in der österreichischen Klimapolitik „angebotsseitigen Ursachen“, „nachfrageseitigen Ursachen“ und „wechselseitigen Ursachen“ zu. Der Anordnung der Herausforderungen innerhalb der einzelnen Dimensionen ist beliebig.

## 7 Zusammenfassung und Ausblick

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die österreichische Klimapolitikberatungslandschaft, trotz der teilweise beklagten „Kleinheit“, von einer Vielzahl von Akteuren geprägt ist, die sich in diversen Interaktionsmodi an der Ko-Produktion von Wissen engagieren und diese Expertise weitergeben. Die Interaktion von Wissenschaft und Politik scheint einem neo-korporatistischen Interaktionsmuster zu folgen. So zeigte die erste Interviewrunde des ReSciPI-Projekts, dass in der Wahrnehmung der befragten Akteure vor allem die Sozialpartner und die Verwaltung eine einflussreiche Rolle hinsichtlich der Vermittlung von wissenschaftlicher Expertise innehaben. Darüber hinaus wurde deutlich, dass neben institutionalisierten Interaktionsformen in der österreichischen Klimapolitik, unter denen Beiräten eine eher untergeordnete Rolle zukommt, informelle Kontakte große Bedeutung haben. Die aktuellen Formen der Wissens(ko-)produktion können durch historische Entwicklungen und entsprechende Pfadabhängigkeiten besser verstanden werden. In der Vergangenheit aufgetretene Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit zwischen WissenschaftlerInnen und EntscheidungsträgerInnen prägen die Beziehung in der Wahrnehmung der Akteure bis heute stark. Die Nutzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse durch EntscheidungsträgerInnen und InteressenvertreterInnen erfolgt häufig sehr zielgerichtet und strategisch. Als größte durch die InterviewpartnerInnen wahrgenommene Herausforderung für eine produktivere Integration wissenschaftlichen Wissens in politische Entscheidungsprozesse scheint sich eine bislang mangelhafte kommunikative Vermittlung zwischen Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Interessenverbänden herauszukristallisieren.

Die im Rahmen von WP1 geleistete Arbeit diente dazu, die folgenden Analyseschritte auf die Bedürfnisse und Charakteristika der österreichischen Situation besser zuschneiden zu können und so im Rahmen des ReSciPI-Projekts möglichst anschlussfähige Erkenntnisse zur Verbesserung der Effektivität der Integration wissenschaftlicher Expertise in österreichische Klima(wandel)politik zu generieren. In WP2 wird derzeit ein systematischer Überblick über verschiedene Formen der Institutionalisierung der Interaktion von Wissenschaft und Politik in ausgewählten Industrieländern erarbeitet. Anschließend soll WP3 ein umfassendes Verständnis davon ermöglichen, wie Klimawissenschaft und Klimapolitik in innovativen KB-Formen in produktiver Weise integriert werden können und welche Modelle mit Blick auf die österreichische Klimapolitikberatungslandschaft besonders interessant erscheinen. Eine abschließende kritische Diskussion von Optionen zur Verbesserung der Institutionen und Prozesse der österreichischen Interaktionslandschaft mit Akteuren der Klimawissenschaft und Klimapolitik soll die Nutzbarkeit der Ergebnisse des ReSciPI-Projekts reflektieren und steigern.

## 8 Zitierte Literaturquellen

Karlhofer, F. and A. Pelinka (2008). Politikberatung in Österreich. Politikberatung. S. Bröchler and R. Schützeichel. Stuttgart, Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft: 455-464.

Lederer, A. and G. Neugschwandtner (2006). "Das funktioniert hier alles ein bisserl anders - Politikberatung in Österreich. Handbuch Politikberatung. S. Falk, D. Rehfeld, A. Römmele and M. Thunert. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften: 576-589.

Pregernig, M. (2005). Between knowledge utilisation and accountable expertise: Studies on the roles of science and participation in environmental and natural resource policy. Wien.

Pregernig, M. (2007). Zwischen Alibi und Aushandlung: Ein empirischer Blick auf die Interaktion zwischen Wissenschaft und Politik am Beispiel der österreichischen Umwelt- und Ressourcenpolitik. Macht Wissenschaft Politik? Erfahrungen wissenschaftlicher Beratung im Politikfeld Wald und Umwelt. M. Krott and M. Suda. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften: 43-79.

Stone, D. (2002). Getting Research Into Policy? The Third Annual Global Development Network Conference on 'Blending Local and Global Knowledge. Rio de Janeiro.

Stone, D., S. Maxwell, et al. (2001). Bridging Research and Policy. An International Workshop. Funded by the UK Department for International Development. Radcliff House, Warwick University.

---

## 9 Annex

Agenda der ersten ReSciPI-Workshops

## Agenda zum Workshop

# „Vernetzung von Wissen(schaft) und Politik: Bestandsaufnahme und Reflexion zur österreichischen Klimapolitik“

**8. März 2012, 13:00-18:00 Uhr**

Universität für Bodenkultur Wien, Gregor-Mendel-Straße 33  
Nördliches Turmzimmer, Dachgeschoss

<b>12:30 – 13:00</b>	<b>Begrüßungskaffee</b>
<b>13:00 – 13:10</b>	<b>Begrüßung und Vorstellung des ReSciPI-Projekts</b> Anja Bauer, Universität für Bodenkultur Wien
<b>13:10 – 13:25</b>	<b>Vorstellung der TeilnehmerInnen</b>
<b>13:25 – 14:00</b>	<b>Vernetzung von Wissenschaft und Politik in Österreich – eine Bestandsaufnahme</b> Andrea Tony Hermann, Universität für Bodenkultur Wien
<b>14:00 – 15:00</b>	<b>Stärken und Schwächen der österreichischen Politikberatungspraxis</b> Diskussion in Kleingruppen
<b>15:00 – 15:30</b>	<b>Kaffeepause</b>
<b>15:30 – 15:45</b>	<b>Vernetzung von Wissenschaft und Politik – Perspektiven der Wissenschaftsforschung</b> Michael Pregernig, Universität Freiburg
<b>15:45 – 16:45</b>	<b>„Klimapolitikberatung 2020“ – Chancen und Herausforderungen für die zukünftige Gestaltung</b> World Café
<b>16:45 – 17:45</b>	<b>„Machen es andere besser?“ – Reflexion internationaler Erfahrungen</b> Plenumsdiskussion mit: <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Dr. Annette Freibauer (Johann Heinrich von Thünen-Institut, DE)</li><li>▪ Prof. Dr. Helmut Haberl (IFF, Universität Klagenfurt, AT)</li><li>▪ Dr. Carsten Loose (WBGU, DE)</li><li>▪ Dr. Klaus Radunsky (Umweltbundesamt, AT)</li><li>▪ Anneke von Raggamby (Ecologic Institut, DE)</li></ul>
<b>17:45 – 18:00</b>	<b>Synthese und Abschluss</b> Anja Bauer, Universität für Bodenkultur Wien

### Kontakt:

Anja Bauer (+43/1 47654 4404, [anja.bauer@boku.ac.at](mailto:anja.bauer@boku.ac.at))  
Andrea Tony Hermann (+43 /664 845398, [andrea.hermann@boku.ac.at](mailto:andrea.hermann@boku.ac.at))

Das Projekt wird durch den Österreichischen Klima- und Energiefonds finanziert und im Rahmen des ACRP durchgeführt.

